

Finanzmärkte: Kommen die Zocker zurück?

Die Pleite der Lehman Brothers Bank, die mit der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte einherging, jährt sich 2018 zum zehnten Mal. Und wie krisenanfällig die Finanzmärkte nach wie vor sind, konnte in der vergangenen Woche erneut erahnt werden. Innerhalb weniger Tage verloren der Dax, der Dow-Jones und weitere führende Aktienindizes um mehr als 10 % an Wert. Besonders brisant: Die Entwicklung wird begleitet von genau denselben Zocker-Geschäften, wie vor zehn Jahren. Laut Zeitungsberichten wetten Investoren derzeit mit Leerverkäufen gegen europäische Aktien. Der Hedgefonds Bridgewater soll allein fast 6 Milliarden Euro auf Kursverluste bei insgesamt 13 Dax-Konzernen gesetzt haben. Zur Erinnerung, Leerverkäufe können Wertverfall und Krisen beschleunigen.

Die Wetten auf sinkende Kurse kommen nach einer langen Phase, in der Vermögenspreise, wie Aktienkurse und Immobilienpreise, über Jahre hinweg nur eine Richtung kannten – nach oben. So stieg der Dax seit 2010 um 115 %, die Preise für Wohnimmobilien um 21 % (siehe Abbildung). Diese Hausse scheint erst einmal vorbei zu sein. Manche warnen schon vor dem Platzen einer Blase. Umso notwendiger ist es, das Finanz- und Kapitalmarktsystem robust gegenüber makrofinanziellen Risiken zu machen. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat in dem kürzlich erschienenen Finanzmarktstabilitätsreport festgestellt, dass die Risiken momentan zwar eher gering sind, diese aber mittelfristig virulent werden können. Die Ruhe ist also trügerisch und sollte keinen Anlass für regulatorische Lethargie bieten. Die Herausforderungen für die Finanzbranche, Regulierungsbehörden und Politik sind immens.

Substanzielle Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken können für Banken und andere Finanzakteure erwachsen,

wenn sich die konjunkturellen und geldpolitischen Rahmenbedingungen ändern. Die traditionellen Geschäftsbanken sehen sich durch Kryptowährungen und FinTechs mit neuen Herausforderungen und Wettbewerbern konfrontiert. Die Deregulierungs-Pläne der US-Regierung stellen zudem ein erhebliches Stabilitätsrisiko für die globalen Finanzmärkte dar. Noch immer ist das Problem der notleidenden Kredite in den Bankenbilanzen ungelöst. Europaweit beträgt deren Umfang 12 % des Gesamtkreditvolumens aller Banken, gleichbedeutend mit 800 Milliarden Euro. Derivate, die im Fokus der schweren Krise von vor 10 Jahren standen, sind wieder auf dem Vormarsch, wenngleich sie nun stärker über sogenannte Zentrale Gegenparteien abgewickelt werden, was grundsätzlich richtig ist, aber weiteren Anstrengungen der Behörden bedarf.

Klar ist: Die Aufsichts- und Regulierungsbehörden müssen den Finanzmärkten striktere Regeln auferlegen, statt sie zu verwässern. Geplante Regulierung muss schnell implementiert werden. Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden – sie bremst die Wettgeschäfte. Die Digitalisierung von Finanztransaktionen muss staatlich begleitet werden. Nicht zuletzt muss die Bankenunion vollendet werden.

